

### Kommunalpolitik muss zugespitzt sein

Die Stadtverordnetenversammlung im September konnte nicht beginnen, ohne sich die Ereignisse in Berlin und Darmstadt vor Augen zu führen. Eine Demonstration von Gegnern der Corona-Maßnahmen in Berlin ist vollkommen eskaliert. Nazis und Reichsbürger schwenkten Reichsflaggen direkt vor dem Eingang des Deutschen Bundestages. Ein wenig verwundert muss man doch sein, wenn der Verfassungsschutz noch zwei Tage vor der Demonstration gesagt hat, es gibt keinerlei Hinweise, dass Rechtsextreme versuchen, diese Demonstration für sich zu kapern. Wir müssen uns ganz klar vor Augen führen, dass Deutschland ein Problem mit Rechtsextremismus hat. Das gilt leider auch für Darmstadt. In der vergangenen Woche wurden zwei junge schwarze Männer von einem Mitglied der Jungen Alternativen Hessen auf der Straße rassistisch beleidigt und angegriffen.



Dagegen müssen wir arbeiten: auf Demonstrationen, bei Diskussionen im persönlichen Umfeld und im Netz und auch kommunalpolitisch. Für die SPD-Fraktion ist klar, es gibt keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD in Darmstadt. Gleichzeitig machen wir deutlich, was uns von den anderen demokratischen Parteien der Stadtverordnetenversammlung unterscheidet. Denn die politische Debatte lebt von unterschiedlichen Positionen. Bei dieser Stadtverordnetenversammlung ist uns das an verschiedenen Punkten gelungen. Die Einführung eines On-Demand-Shuttleservice geht für uns nur gemeinsam mit fairen Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass die Fahrer\*innen nach Tarif bezahlt werden, weil die Digitalisierung sozial gestaltet werden muss. Dafür stehen wir Sozialdemokraten. Eine Politik, die auch die Stadtteile in den Fokus nimmt. Das unterscheidet uns deutlich von der grün-schwarzen Koalition. Sowohl beim Ausbau der Radwege als auch bei der Einführung des On-Demand-Shuttleservice fokussiert sich die Koalition zunächst auf die Innenstadt. Gerade die Menschen in den peripheren Stadtteilen würden aber stärker vom Ausbau der Mobilität profitieren.

Euer

A handwritten signature in black ink, which reads "Michael Siebel". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Michael Siebel

Fraktionsvorsitzender

## Maßnahmenplan Sonderinvestitionsprogramm Radmobilität 4x4

Tim Huß: Radwegeentwicklung strategisch angehen



„Der Geist der Vorlage ist richtig, er zeigt aber noch Schwächen. Es fehlen der Mut für die großen Würfe und eine angemessene Berücksichtigung der Stadtteile“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der SPD- Fraktion, Tim Huß in der Stadtverordnetenversammlung am 1. September im Darmstadtium. Endlich: Vier Jahre lang hat die Koalition alle Haushaltsanträge und Forderungen, mehr Geld in den Radverkehr zu investieren, abgelehnt.

Nach Auffassung von Tim Huß ist deshalb eine bessere strategische Entwicklung von Radwegen geboten, weil das subjektive Sicherheitsgefühl in Darmstadt bei 3,8 (in Schulnoten) liegt. „Wenn man mit einer solchen Note aus der Schule kommt, sind die Eltern nicht wirklich glücklich“.

Kritisch sieht die SPD, dass der City-Ring nicht mit aufgenommen wurde. „Das zeigt, dass dieser Rahmen- und Maßnahmenplan nicht der ganz große Wurf ist“. Außerdem sei zu vermerken, dass die Radentwicklung in den peripheren Stadtteilen nicht wirklich stattfindet. Nur fünf Maßnahmen sind für Arheilgen, Wixhausen, Kranichstein und Eberstadt vorgesehen. „Trotzdem stimmen wir der Vorlage zu. Wir wollen das auch als Signal an die Koalition verstanden wissen, dass wir konstruktiv an guten Lösungen für den Radverkehr arbeiten wollen.“

## Neugestaltung des Ernst-Ludwigs-Platz

Oliver Lott: Das kleine Pflaster ist nicht gewünscht



Der Ernst-Ludwig-Platz ist einer der zentralen Plätze in der Innenstadt. Jetzt soll er nach den Vorstellungen des Magistrats neu gestaltet werden. Dagegen erhebt sich Widerspruch. „Wir müssen den Platz auf alle Fälle so belegen und gestalten, dass er behindertengerecht ist. Gerade die Anbindung an die barrierefreie Haltestelle Schloß muss optimal gelöst werden“, so Oliver Lott, baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Kritik übte Lott auch deshalb, weil kaum die Möglichkeit von Parkplätzen für Räder gesorgt wird. „Wir brauchen Fahrradabstellplätze. Hier wäre unterirdisch eine Lösung möglich. Wir kritisieren, dass diese Möglichkeit nicht mal als Prüfung aufgenommen wurde“.

## Sofortprogramm Klimaschutz und Klimaschutzkonzept

Tim Huß: Sofortprogramm Klimaschutz ist eine Enttäuschung



Ein Jahr nach dem Beschluss zum Klimanotstand fühlt es sich so an, als kreiste der Berg und gebar eine Maus. „Ein Jahr hat es gedauert, 22 "Sofort"-Maßnahmen, die meisten auch schon alt und wenig kreativ, sind auf 157 Seiten breitgewalzt. Das reicht nicht nur der SPD nicht, das reicht auch nicht für den Klimawandel“, sagte Huß.

In einem Änderungsantrag, der erwartungsgemäß keine Mehrheit fand, forderte die SPD-Fraktion erneut ein 300.-Euro Jahresticket für Darmstadt sowie die Einrichtung eines Solarparks entlang der Autobahn. Zwei Änderungen beziehen sich auf Energiespeicherverfahren; die Durchführung eines kommunalen Systems von Nachbarschaftsspeichern und ein Pilotprojekt zur Flüssigluftspeicherung. Schließlich sollen nach Meinung der SPD kleinere Firmen auf dem Weg zur Klimaneutralität beraten werden.

## Medienentwicklungsplan / Digitalpakt

Tobias Reis: Die Wahrheit der Digitalisierung an unseren Schulen ist bitter

Es ist erschreckend, dass der digitale Ausbau unserer Schulen in einem so katastrophalen Zustand ist. Das machte der Plan nach Auffassung des Stadtverordneten Tobias Reis mehr als deutlich. Nur 29 Prozent der Schulen verfügen über WLAN. Also nicht mal ein Drittel der Lehrkräfte können im Unterricht auf das Internet zugreifen. „Aktuelle Ereignisse, wie die schauerlichen Demonstrationen vor dem Reichstag können im



Unterricht nicht stattfinden“, so Reis. Niederschmetternd auch die Versorgung mit Endgeräten. Allen Berufsschülern in Darmstadt stehen nur 165 Endgeräte zur Verfügung. Schließlich fordert Reis eine einheitliche Plattform für alle Schulen und für alle Schulen einen professionellen und externen Support, so wie es auch der Bericht vorsieht.

Als Konsequenz aus den schleppenden Arbeiten des Magistrat fordert die SPD schon bis Ende 2020 einen Umsetzungsbericht vorzulegen.

## Einführung eines On-Demand Shuttle-Systems

Tim Huß: On-Demand Ansatz ist richtig – aber die Bezahlung der Fahrer\*innen muss stimmen



„Es gibt zwei Zahlen, die zeigen, dass das Auto das ineffizienteste Fortbewegungsmittel ist: 23 und 1,3! 23 Stunden am Tag steht ein Auto sinnlos rum und 1,3 Menschen nutzen ein Automobil durchschnittlich“. Eine Verdoppelung der Benutzer\*innen pro Fahrzeug würde den PKW Verkehr auf den Straßen halbieren. Deshalb ist ein Rufsystem von Kleinbussen eine sinnvolle Ergänzung eines gut ausgebauten ÖPNV. Aber es gibt deutliche Kritik von der SPD.

Einerseits soll das Projekt in der Innenstadt starten und nicht in den Stadtteilen. Aber wir wissen, dass im eher ländlich strukturierten Raum die Klimaeffekte solcher Maßnahmen größer sind, als in den Innenstädten. Hier ist der Anreiz viel größer vom Auto auf ein anderes Fortbewegungsmittel umzusteigen.

„Mit der Einführung des HeinerLiners wird ein Teil des Darmstädter ÖPNVs privatisiert, um die Lohnkosten zu senken. Da gehen wir nicht mit“, sagt Huß. Dabei fordert die SPD selbst seit vielen Jahren einen On-Demand-Shuttle für Darmstadt. „So ein Shuttle-System kann eine wunderbare Ergänzung des ÖPNVs sein, da es Fahrten mit dem Privatauto bündelt und die Straßen dadurch effektiv entlastet. Warum die Stadt ein gewinnorientiertes Drittunternehmen ins Boot holt, das die Personalkosten drückt, ist mir aber schleierhaft. Das sollte alles Heag Mobilo übernehmen.“

Die Vergabe des Auftrags steht kurz bevor, wie auch in der Debatte im Parlament noch einmal bestätigt wurde. „Eine Korrektur ist jetzt auch nicht mehr möglich, da die Ausschreibungskriterien fix sind“, sagt Huß. „Da ist das Vergaberecht eindeutig.“ Korrigieren lässt sich der Missstand nur, wenn die Frage von Löhnen und Arbeitsbedingungen in die nächsten Ausschreibungskriterien aufgenommen werden. „Das wäre aber erst 2025 bei der nächsten Ausschreibung möglich und auch nur dann, wenn der politische Wille da ist“, so Huß. „Mit dem Personal wurde auch eine App und eine Pooling-Software ausgeschrieben. „Das kann ich gut nachvollziehen. Das System dahinter ist technisch hochkomplex und braucht jede Menge IT-Expertise“, sagt Huß. Das Personal habe bei einem Sub-Unternehmen aber nichts verloren.

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft darf nicht bei der Bezahlung und Mitbestimmung von Beschäftigten enden. Das machte auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Siebel nochmal deutlich, nachdem der Oberbürgermeister die Kritik der SPD als Vorwahlkampf abgetan hatte.

## Große Anfrage Masterplan 2030

### Michael Siebel: Der Masterplan 2030 bewegt sich im Allgemeinen

Erst auf Druck der SPD und zahlreicher Bürgerinitiativen hat die Stadtregierung von dem möglichen Eingriff in den Darmstädter Wald Abstand genommen. Da war die Stadtregierung mal halbwegs konkret. Aber ansonsten verläuft sich der Plan in Allgemeinplätzen. Begriffe wie „Stadträumliche Qualitäten in Arbeitsquartieren“, „Produktiver Straßenraum“ oder „Impulszentren“ finden sich in dem Plan. Aber dass die Stadtregierung noch keine konkrete Umsetzungsideen hat, zeigt die Beantwortung einer Großen Anfrage der FDP, die in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert wurde.

Einzig in einem Punkt steht die SPD hinter dem Plan: neue Arbeitsplätze und Formen rufen nach neuen „urbanen Gebieten“. Also Gebiete, in denen Wohnen, Gewerbe sowie soziale und kulturelle Einrichtungen kleinräumig entwickelt werden. So kann diese Form der durchmischten Stadt beispielsweise im Pallaswiesen- und Mornewegviertel geschaffen werden. Leider zeigte sich, dass die Baudezernentin diese wissenschaftliche Diskussion offensichtlich verschlafen hatte. Denn sie erläuterte, dass durch die schnelle Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete in Darmstadt doch bereits urbane Gebiete entstanden seien.